



Bildung



Seite 4

In Buchholz



Seite 6

Kampagne



Seite 9

Aus der BVV am 9. Mai 2001 (Fortsetzung der 6. Tagung)

Verwaltungsreform und Chaos

Foto:
Schilderfreuden
in der Berliner
Straße 28

Eigentlich stand sie gar nicht so recht im Mittelpunkt dieser Fortsetzung, die Verwaltungsreform, die nun 129 Tage vollzogen war.

Es gab eine Große Anfrage zum Stand der Bezirksfusion und Verwaltungsreform. Diese war von Thomas Fritsche im Auftrag der PDS-Fraktion gestellt und von Herrn Hartramph (CDU) in Vertretung des Bezirksbürgermeisters, Herrn Lubawinski, beantwortet.

Wie denn der Stand der Umzüge sei und was sie kosten würden, wollten die Sozialisten wissen. Wie sich die PC-Vernetzung auf die Effizienz des Bezirksamtes auswirke, der Besetzungstand der Amtsleiter sei, wieviele Mitarbeiter freigesetzt würden und wie sich die gegenwärtige Situation auf die Motivation der Mitarbeiter auswirke.

Herr Hartramph beantwortete brav die sieben braven verwaltungstechnischen Fragen. Seine Aussagen waren präzise und mit allen nur erdenklichen Zahlen untersetzt.

Nachfragen gab es nicht. Der Respekt der Bezirksverordneten (einschließlich der PDSler) vor den Reformleistungen war wohl zu groß. Dabei hätte es allen Anlaß gegeben, zu fragen, wie denn Verwaltungsreform und Bezirksfusion auf die Bürger wirke, wie sich die Wege zur Verwaltung, die Bearbeitungszeiten und die Wartezeiten in der Verwaltung geändert hätten.

Keine 50 Schritt von dem Tagungsraum der BVV befindet sich die Meldestelle für den Prenzlauer Berg. Dort ist Chaos und deftige Mißstimmung. Um die 100 Bürger stehen dort regelmäßig zeitgleich vor den Amtsstuben, stundenlanges Warten vermittelt Folgen der Verwaltungsreform drastisch.

Hier fällt die Neuorganisation der Arbeit (einschließlich der verordneten Personalreduzierung aus der „Abschichtung“, also aus der Verlagerung von Aufgaben aus der Senats- in die Bezirksebene) mit der derzeitigen Arbeitsspitze im Paß- und Meldewesen zusammen, die sich aus Ablauf der zehnjährigen Gültigkeitsdauer der 1991 ausgestellten Personalausweise und Reisepässe ergibt. Die Angestellten in diesem Bereich sind einfach überlastet. Das gilt auch – allerdings mit Abstrichen – für die Meldestellen in der Berliner Straße 28 (Pankow) und in der Bernkasteler Straße 1 (Weißensee). Die Obrigkeiten in Senat und Bezirk haben im lauten Palaver über Unternehmergeist in der Verwaltung die Menschen vergessen, ihre eigenen Angestellten und die Bürger, die die Ämter aufsuchen müssen oder wollen.

Ausführungen dazu hätten Herrn Hartramph, i. V. Bürgermeister, besser zu Gesicht gestanden. Aber danach war ja nicht gefragt. Aus der PDS-Fraktion gibt es Signale, daß



dieses Thema nicht in die Archive verschwinden wird. Informationen sind gefordert, auch Erklärungen, aber vor allem Änderung.

Herbert Hanke

Aufwendungen für die Bezirksfusion werden auf 40 Mio. DM veranschlagt
Allein die Umzugskosten liegen bei 420.000 DM

Kurzmeldungen aus der BVV

Mit großer Mehrheit wurde auf ODS-Antrag beschlossen, das Bezirksamt aufzufordern, in der Fluglärmkommission bei der Landesluftfahrtbehörde mitzuarbeiten. Die Interessen aller Bürger sind stärker einzubringen, die in den Einflugschneisen von Tegel wohnen.

Beschlossen wurde ferner der von Marion Rissmann für die PDS eingebrachte Antrag, wonach der oder die Behinderetenbeauftragte des

Bezirks dem Bezirksbürgermeister direkt zuzuordnen ist. Derzeitig ist dieses Amt beim Stellvertreter angesiedelt.

Abgelehnt ist ein SPD-Antrag, der auf eine pauschale Übernahme von BVV-Beschlüssen aus dem Jahr 2000 und früher orientiert.

Zur Kenntnis genommen wurden die u.a. Bezirksamtsvorlagen zur Anmeldung des Bezirks Pankow für die Investitionsplanung 2001 bis

2005, zur Wahl des Behindertenbeauftragten, zu Mindestöffnungszeiten von Ämtern mit Publikumsverkehr und auch zur Bestellung von Mitgliedern für das neu gebildete Kuratorium der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg. Letztere führte zu Erstaunen. Die von der früheren BVV Prenzlauer Berg in den Vorstand gewählten Vertreter scheinen ohne neue Wahl in das Kuratorium übernommen.

Auf der 7. BVV Tagung am 23. Mai 2001

Ausreden

Eine Bezirksstadträtin verbietet eine Veranstaltung, weil sie befürchtet, daß in Räumen, die ihrer Zuständigkeit unterstehen, Dinge gesagt werden, die ihrer politischen Überzeugung widersprechen. Ein Déjà vu aus DDR-Zeiten – nicht ganz. Die Stadträtin kommt von der CDU und heißt Saager. Und sie mußte sich für den Ungeheuerlichen Vorgang auf der 7. BVV rechtfertigen.

Die Fakten: Am 10. Mai sollte im Umweltbüro Weißensee eine, seit dem letzten Jahr geplante Veranstaltung der Volkshochschule stattfinden, auf der ein über die Stadt hinaus bekannter Referent des DGB über die Folgen der Globalisierung sprechen wollte. Am Mittag des 10.

Mai untersagte Frau Saager, für die Veranstaltung die Räume des Umweltbüros zu benutzen. Kommentarlos.

Aus Anlaß einer Mündlichen Anfrage der BündnisGrünen und einer Großen Anfrage der PDS-Fraktion versuchte Frau Saager auf der letzten Tagung der BVV, alle Schuld auf eine Auseinandersetzung mit einem subalternen Mitarbeiter ihrer Verwaltung abzuschieben. Bei diesen fadenscheinigen Ausreden wurde jedoch deutlich, daß der zuständigen Stadträtin offenbar die ganze Linie nicht paßt, mit der sich das Umweltbüro Weißensee in der Vergangenheit Kompetenz und Akzeptanz in der Bevölkerung erarbeitet hat. Im Hintergrund der peinli-

chen Affäre, so Frau Saager, stehe nämlich ein Streit über ein neues Konzept für das Umweltbüro – was im Klartext heißt, daß dem zuständigen Mitarbeiter Kompetenzen entzogen werden: „Die Pressearbeit für das Umweltbüro mache ich“, „für die Inhalte bin ich zuständig“, so Saager wörtlich.

Natürlich war in der Dabatte auch von personellen Konsequenzen die Rede: nur meinte die Stadträtin damit ihren Mitarbeiter und die Verordneten die Stadträtin. Wie lange die Geduld in beiden Fällen reicht, bleibt abzuwarten. Zu hoffen ist allerdings, daß bei so viel Inkompetenz und Ausreden die Verordneten unduldsamer sein werden.

Wolfram Kempe

Die Zukunft der Erde

Eine Ausstellung über das Wirken von UNICEF

In der äthiopischen Provinz Oga-den, einer Tiefebene der Grenze zu Somalia, leben Hungerflüchtlinge, Nomaden, Kleinbauern. Der Äquator ist nicht fern, die Sonne brennt gnadenlos. Der Werbeslogan „Äthiopien, 13 Monate Sonnenschein“, mit dem in der Hauptstadt Addis Abeba um Touristen geworben wird, muß denn Menschen hier wie Hohn klingen. Denn nichts hätten sie lieber, als wenigstens an ein Paar Tagen Regenwolken am Himmel, um die durstende Erde zu tränken. Und sich selber. Nur sage und schreibe 0,8 Prozent der hier Lebenden haben Zugang zu sauberem Wasser. Es ist eines der wichtigsten Anliegen von UNICEF, gerade den Menschen Wasser zu bringen, die es entbehren müssen oder sich nur mit großer Mühe beschaffen können. In über 80 Ländern der Erde herrscht Wassermangel. Das und vieles mehr über das Wirken des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen kann man in einer sehr eindrucksvollen Ausstellung im Foyer des Rathauses Pankow erfahren, die am 15. Mai eröffnet wurde.

Die Geschichte von UNICEF begann im Dezember 1946. Nach dem schrecklichsten aller Kriege wurde den Kindern im zerstörten Europa, auch denen im besiegten Deutschland, lebenswichtige Medikamente, vitamin- und kalorienreiche Nahrung, Decken und Kleidung gespendet. Heute wirkt UNICEF in den armen und unterentwickelten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Mitarbeiter von UNICEF bohren Brunnen und legen Wasserquellen an, bauen Gesundheitszentren und richten Schulen ein. Impfkampagnen gegen Masern, Kinderlähmung und Diphtherie haben Millionen vor dem sicheren Tod gerettet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Bildung, denn noch immer gehen 110 Millionen Kinder nicht zur Schule. Dabei ist schon mit geringen Mitteln eine große Wirkung zu erreichen. Eine Schule in der Kiste – Schulhefte, Bleistifte, Radiergummi und andere Utensilien – kostet 580 Mark. Aufgebracht werden die Mittel vom Beitrag der Geberländer, das sind



die reichen, hochentwickelten Industriestaaten, und vor allem durch Spenden. In Deutschland kommt ein großer Teil des Geldes für UNICEF aus den Grußkartenaktionen. Wer die geschmackvollen, schönen Karten kauft, hat nicht nur ein schönes Geschenk erworben, sondern auch einen Beitrag für die so nötige und wirksame Hilfe von UNICEF geleistet. Die Ausstellung wird noch bis zum zu sehen sein.

Elfriede Schroth

1. Juni
Internationaler
Kindertag

extraDrei sprach mit: Christine Keil

Schulen im Bezirk

Christine Keil
(PDS)

Bezirksstadträtin
für Jugend,
Schule und Sport



Wie siehst Du die allgemeine Situation der Schulen in unserem Großbezirk ?

Der Geburtsrückgang nach der Wende hat in allen drei Altbezirken zunächst im Grundschulbereich zu einem starken Rückgang der Schülerzahlen geführt. 2003 kommen die schülerschwachen Jahrgänge im Oberschulbereich an. Dann werden Schulstandorte in Frage gestellt. Besonders in Prenzlauer Berg hat in den zurückliegenden Jahren das unliebsame Thema Schulschließungen auf der Tagesordnung gestanden, da der Geburtenknick zusammenfällt mit Wegzug und starken Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Aber auch in Weißensee und Pankow, gerade in den städtischen Kerngebieten, haben wir Grundschulen, die schon das dritte Jahr hintereinander nur noch mit einer Klasse pro Klassenstufe arbeiten.

Die Prenzlauer Berger Grundschulen haben auf sinkende Schülerzahlen aus den Grundschulbereich mit interessanten Angeboten reagiert und Schüler aus anderen Stadtbezirken geworben. So gibt es in Prenzlauer Berg in größerer Zahl als in Weißensee und Pankow Grundschulen mit abweichender Schulorganisation (sport- und musikbetonte Grundschulen, jahrgangsübergreifende Lerngruppen in der 1. und 2. Klasse) und Schulen mit Schulversuchen (Staat-

liche EuropaSchule, Montessori-Schulen).

In den zwischen PDS und SPD vereinbarten Projekten der kommunalpolitischen Arbeit wird der Sanierung der Schulgebäude in unserem Bezirk oberste Priorität beigemessen. Was wird sich in der nächsten Zeit auf diesem Gebiet tun ?

Wer die Schulen im Bezirk besucht, sieht den riesigen Sanierungsbedarf. In einigen Oberschulen ist der Einbau von Fachunterrichtsräumen noch nicht abgeschlossen. Bei der Aufteilung der Haushaltsmittel für die bauliche Unterhaltung stehen die Schulgebäude mit 64 % der verfügbaren Mittel mit Abstand an erster Stelle. Diesem Sanierungsbedarf (ca. 500 Mio DM) widerspricht jedoch die Haushaltssituation. Im Vergleich zu 1999, wo in den drei Altbezirken insgesamt 45

die 20. Grundschule Prenzlauer Berg (Bornholmer Grundschule) und die Weiterführung der Sanierung der Panke-Schule für Geistigbehinderte.

Eines ist aber deutlich: Mit der Haushaltszumessung 2002 hat der Senat den Bezirken endgültig die Luft abgedreht. Wir haben praktisch keinen Handlungsspielraum mehr.

Welche Rolle spielen für Deine Arbeit Gespräche mit Lehrer, Eltern und Schülervereinigungen ?

Für Schulen bin ich erst seit Januar diesen Jahres zuständig. Deshalb versuche ich, so viele Schulen wie möglich zu besuchen, einen Eindruck vom Zustand des Schulgebäude zu erhalten. Aber noch wichtiger ist es, im Gespräch mit den Schulleitern, den Lehrern, der Hortleiterin, aber auch der Hausmeister, die Aufgaben und vielfältigen Pro-



Mio DM für Bauunterhaltung ausgegeben wurden, haben wir 2001 nur noch 38 % davon (17 Mio DM) zur Verfügung. Schon bestätigte Investitionsmaßnahmen müssen verschoben oder zeitlich gestreckt werden. Im Jahr 2001 konnten so nur im Jahr 2000 begonnene Maßnahmen in die bauliche Unterhaltung aufgenommen werden. Die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen sind die Weiterführung der Grundinstandsetzung der 6. Grundschule in Weißensee (Blankenburg), der Anbau eines Umkleidegebäude an

bleme der Schulen kennenzulernen. Vom Schreibtisch aus erfährt man nicht genug.

Intensiv ist der Kontakt zum Bezirksschulbeirat, einem Gremium aus Eltern-, Lehrer- und Schülervereinigungen.

Dies alles gehört zum Intensivkurs für die Schulstadträtin. Denn klar ist auch: Mit Schulschließungen und fehlenden Sanierungsmaßnahmen ist kein Ruhm zu ernten, um so wichtiger sind Gespräche und breite Beteiligung.

Interview: Renate Tepper

Dimensionen:
im 3. Bezirk sind
33.000 Schüler an
83 Schulen.

Im Foto:
Eines von 13
Gymnasien –
die Ossietzky-
Oberschule.

Die PDS fordert

Eine Schule für alle Kinder

Nach den großen Protestaktionen im Vorjahr gegen die Kita- und Schulpolitik des Berliner Senates geht es jetzt um die Frage: Wie sollte Schule für das 21. Jahrhundert beschaffen sein?

PDS-Bildungskonferenz

Die PDS hat auf ihrer 8. Bildungskonferenz vom 31. März zum 1. April 2001 in Leipzig ihre Antwort formuliert: „Chancengleichheit ohne Wenn und Aber“.

Aufgabe von Schule ist es, die wachsende Benachteiligung von Kindern vor allem aus sozial schwachen Familien auszugleichen. Das gegliederte Schulsystem verstärkt die Benachteiligung.

Chancengleichheit braucht eine Schule für alle Kinder mit gemeinsamer Schulzeit, niedrigen Klassenfrequenzen, engagierten, modern aus- und fortgebildeten Pädagogen, einem vielseitigen Angebot für die unterschiedlichen Förderansprüche in leistungsmäßig gemischten Klassenverbänden anstelle frühzeitiger Leistungsauslese. Fördern statt auslesen!, heißt die Aufgabe. Binnendifferenzierung statt äußerer Fachleistungsdifferenzierung – heißt das in der Fachsprache. Ein solches Herangehen schließt Streben nach Leistung und Talentförderung nicht aus, sondern ausdrücklich ein.

SPD-Parteitagebeschlüsse

Der Landesparteitag der Berliner SPD verabschiedete am 7. April 2001 zehn Beschlüsse zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Trotz Veränderungen vor allem von links blieb der Leitanspruch des Landesvorstandes widersprüchlich. So bezeichnete er Chancengleichheit als das Leitprinzip sozialdemokratischer Bildungspolitik, blieb aber bei der neoliberalen Forderung von gleichen Chancen beim Zugang zu Bildung stehen. Der Antrag befürwortete den Erhalt und die Weiterentwicklung des hoch differenzierten Bildungssystems, formulierte aber an anderer Stelle: „Integrierte

Schulsysteme sind am besten geeignet, [...] Chancengleichheit zu sichern.“ Natürlich sind sie das. War die Idee von einer Gesamtschule, also einer Schule für alle Kinder, nicht sozialdemokratische Grundposition?

Bildung kostet Geld

Die Berliner SPD will den Bildungsetat mindestens auf der Höhe von 2001 halten. In den bevorstehenden Beratungen für einen Nachtragshaushalt wird sich zeigen, was der Beschluß wert ist. Solche bildungspolitisch sehr zu begrüßenden Vorhaben wie ein möglichst frühzeitiger und kostenloser Kitabesuch für alle; eine flexible Schulleitungsphase aus Vorklasse, Klasse 1 und Klasse 2, die von den Kindern in unterschiedlich kurzer bzw. langer Zeit absolviert werden kann; Ganztagschulen für alle Heranwachsenden; und ein frühzeitiger Fremdsprachebeginn an Klasse 3 – sie alle werden nicht nebenbei zu finanzieren sein, sind aber aus PDS-Sicht dringend erforderlich.

Neues Schulgesetz

Die SPD-Parteitagebeschlüsse und der vorgelegte Schulgesetzentwurf offenbaren einen Paradigmenwechsel von klassisch sozialdemokratischen Bildungspositionen hin zu neoliberalen Positionen wie zum Beispiel der Forderung, schneller und kürzer durch die Schulzeit zu kommen; der besonderen Förderung der Leistungsstarken und das Bekenntnis zur Elitenbildung; der betriebswirtschaftlichen Führung der Schule durch den Schulleiter als Einzelleiter; und unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeiten für gewählte Vertretungsgremien insbe-



Siglinde Schaub
MdB

Bildungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion

sondere auf Bezirks- und Landesebene.

Der Schulgesetzentwurf ist aus den genannten Gründen für die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus so nicht zustimmungsfähig. Wir werden den Entwurf mit Gewerkschaften, Verbänden, Vertretungsgremien und interessierten Personen intensiv diskutieren und dem Abgeordnetenhaus ein Paket von Änderungsanträgen vorlegen.

Ziel und Maßstab für ein neues Schulgesetz sind für die PDS Veränderungen in der schulpolitischen Praxis, die mehr soziale Gerechtig-



keit, mehr Chancengleichheit, mehr Demokratisierung der Schule und mehr Qualität und Zukunftsorientiertheit schulischer Bildung bewirken.

Siglinde Schaub

extraDrei sprach mit Rudi Blom

Was Französisch Buchholz braucht



Rudi Blom

Der 50jährige Bezirksverordnete ist migrationspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, arbeitet in den BVV-Ausschüssen für Gleichstellung und Migration sowie Verkehr. Er ist Sprecher der PDS Französisch Buchholz und engagiert sich im Bürgerverein. Beruflich ist er als Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma tätig.

Rudi, Du bist vor vier Jahren nach Buchholz-West gezogen. Lebst Du gern hier?

Ja. In ihrem Wahlprogramm zu den Kommunalwahlen 1999 hatte sich die PDS die Aufgabe gestellt mit-zuhelfen, daß Französisch Buchholz ein liebenswerter Kiez wird.

Wie sieht es damit heute aus?

Nicht schlecht. Neben sichtlichen Fortschritten gibt es natürlich auch ungelöste Probleme. Aber das ist doch normal für einen neuen Ortsteil mit über 8.000 Einwohnern.

Konkret...?

Das wichtigste Ergebnis der vergangenen zwei Jahre sind die besseren Verkehrsanbindungen. Seit September 2000 fährt die „Fuffziger Tram“ bis zur Guyotstraße. Mit dem 121er Bus haben wir eine Verbindung ins Märkische Viertel erhalten, die gut



angenommen wird. Was wir noch brauchen, ist eine Schleife des 251er Busses ins Neubaugebiet. Im Verkehrsausschuß der BVV werden wir das mit der BVG beraten.

Ist nicht aber die andauernde Bud-delei an verschiedenen Ecken in Buchholz geradezu ein Alptraum für Fußgänger und Autofahrer zu-gleich?

Was notwendig ist, muß getan werden. So z.B. die Maßnahmen der Wasserwirtschaft. Aber warum sich diese in der Triftstraße so elend lange hinziehen, werden wir ebenfalls im Verkehrsausschuß ansprechen.



Haben sich die Neu-Buchholzer inzwischen mit ihrem „Hugo“, sprich: Hugenottenplatz angefreundet?

Naja... Bürgervereine und Einwohner haben Vorschläge gemacht, einiges ist getan worden. Die neu angepflanzten Bäume müssen erst wachsen, um Wirkung zu erzielen. Wichtig wäre, daß das wilde Parken auf dem „Hugo“ verhindert wird. Rundherum gibt es m.E. genügend Parkmöglichkeiten.

Was hältst Du vom geplanten pri-vaten Stadtteilmanagement?

Ich finde, daß nichts unversucht bleiben sollte, was das Zusammenleben der Menschen in dieser jungen Stadt fördert. Denn keiner kann die vorhandenen Probleme im Umgang miteinander – so zwischen jung und alt – übersehen. Daraus erwächst soziale Verantwortung der staatlichen, bezirklichen und örtlichen Einrichtungen und Verbände, der Vermieter, der Bürgerinnen und

Bürger selbst. Was soll man z.B. davon halten, daß die Wohnungsbaufirma R&W nicht bereit ist, mit dem Mieterbeirat zusammenzuarbeiten? Ich begrüße deshalb Frau Upmeiers Bemühungen. Andere Wohnungsbaugesellschaften sollten mitziehen.

Dreht sich alles nur noch um Buchholz-West?

Keineswegs. Die PDS engagiert

sich gleichfalls für die Stärkung des historischen Ortskerns von Französisch Buchholz, unterstützt die „An-gerinitiative“. Ob es ein Zentrum mit vielen attraktiven Geschäften mit französischem Flair werden kann, steht m.E. in den Sternen. Leider fehlen Interessenten, geben Geschäftsinhaber auf; die Kaufkraft der meisten Einwohner reicht gerade für die neuen Lidl- oder Aldi-Geschäfte am Ortsein- und -ausgang von Buchholz.

Rudi, kürzlich teilte Dir ein Buchholzer seine Gedanken zu Ver-kehrsregelungen an der Ecke Ber-liner Str./ Hauptstr./ Blankenfelder Str./ Schönhauser Straße mit.

Ich habe die Vorschläge an den zu-ständigen Stadtrat weitergeleitet und bleibe dran. Dafür wurde ich ja in die BVV gewählt. Wer ein An-liegen hat, erreicht mich über die PDS-Fraktion in der BVV oder pri-vat unter 47 57 379.

Interview: Klaus Gloede

Französisch Buchholz:

Im Amtshaus ist jeder wichtig

Diesmal lagen die Gewichte anders. Nicht mehr das Bezirksamt Pankow zeichnete als Veranstalter des traditionellen Kiezfestes „Buchholzer Frühling“ vom 18. bis 20. Mai verantwortlich, sondern zum ersten Mal stand der Bürgerverein von Französisch Buchholz an der Spitze. Natürlich war der schon immer mit von der Partie, und das Buchholzer „Nachbarschaftszentrum Amtshaus“ deswegen mächtig eingebunden. Mit seiner Projektleiterin Karin Sahn hatte sich die Schaltzentrale für die Vorbereitungen auch real ins alte Amtshaus verlegt. Ein einladendes Transparent, quer über die Fassade gespannt, machte auch den Durchgangsverkehr auf das Kiez-Ereignis aufmerksam.

Unser Gespräch am Vormittag wird häufig unterbrochen: Telefonate, Auskünfte, Terminvereinbarungen. In einem der Nebenräume findet ein Französisch-Kursus statt, in den unteren Räumen Stuhlgymnastik für Seniorinnen, mit viel Spaß an der Sache übt eine Keyboardband, eine junge Frau bestellt einen Raum für ihre Geburtstagsfeier. „Wir sind ein offenes Haus für alle Kiezaktivitäten“, sagt Karin Sahn; „für unterschiedliche Generationen. Die Einwohner bestimmen das Gesicht unseres Nachbarschaftszentrums in buchstäblichem Sinne.“ Die studierte Geschichts-

lehrerin, gelernte Sozialtherapeutin mit psychologischer, medizinischer und juristischer Ausbildung, bemüht sich um die richtige Atmosphäre im Haus. Ihr Anliegen: „Hier könnt ihr alle kreativ tätig werden, Ideen verwirklichen, Hobbys pflegen, Geselligkeit, Rat, Hilfe und Unterstützung finden.“ Und sie selbst hat dabei „das Beste gefunden, das ich je im Leben gemacht habe.“ Karin Sahn hat klare, realistische Vorstellungen: „Jeder, der

Atmosphäre verschaffen.“

Die enthusiastische Endvierzigerin ist sich mit ihren Mitstreitern einig, daß das denkmalgeschützte „Amtshaus“ in der Berliner Straße mit der Fassade von manchen auf Vordermann gebrachten Nachbarhäusern absticht. „An Eigeninitiative fehlt's nicht“, ist Karin Sahn überzeugt. Doch bei aller Liebe zur Sache fehlt es an denkmalgerechter Kunst und Geld. Resignation? Keineswegs.



Das Amtshaus von Buchholz.

hierher kommt, soll klüger herausgehen, als er hinein kam. Jedermann, der kommt ist wichtig und soll sich auch so fühlen können. Man kann nicht alle zufrieden stellen, aber man kann allen eine entsprechende

Der 10. „Buchholzer Frühling“ ist inzwischen Geschichte. Tausende haben es den Organisatoren wieder mit ihrem Besuch gedankt. Karin Sahn denkt bestimmt schon ans 11.

Marianne Wilczynski



Derbheit mit Flair

Achtundfünfzig Orte quer durch Deutschland tragen den Namen

Buchholz, und der Chronist von Französisch Buchholz, Dieter Geisthardt, bringt sie alle zusammen. Er hat auch seinen Beitrag für die vom Kulturamt Pankow herausgegebene neue Broschüre zur Geschichte des Ortsteils unter dem Titel „Von märkischer Derbheit zu französischem Flair“ geleistet. Gut bestückt mit Übersichtstafeln, Grafiken, Dokumenten, historischen Zeugnissen von 1242 bis zur Gegenwart, ergänzt mit örtlichen Ereignissen und Familiengeschich-

ten, der handwerklichen und kulturellen Entwicklung seit der Zuwanderung der französischen Glaubensflüchtlinge, könnte man sich die Broschüre als heimatkundliches Lesebuch aus über 750 Jahren vorstellen.

Leider ist die Publikation, an der u.a. Elke Rölling, Reinhardt Demps, Ines Rautenberg mitarbeiteten, in nur kleiner Auflage erschienen und gegenwärtig lediglich im Panke Museum, Heynstraße 8, für 10 DM erhältlich.

-ski

Buchholz im Buch

Jubiläen und Jubilare

Bersarin bei der „Hellen Panke“

Helle Panke

...wird 10.
Wir gratulieren!

Dem schlichten Weltbild eines simplen Sektenpredigers möchte man die seinerzeitige Begründung des CDU-Abgeordneten Lehmann-Brauns zuordnen, warum der erste sowjetische Stadtkommandant Generaloberst N. E. Bersarin nicht Ehrenbürger der Stadt Berlin sein kann: Er war schließlich ein General Stalinscher Kaderauswahl – basta! Ein schon schizoides Rückzugsgefecht, nachdem die politische Lüge, Bersarin hätte sich 1940 in Lettland an Kriegsverbrechen beteiligt, sich als unhaltbar erwiesen hatte. Und um diesem simplifizierten Geschichtsbild aufzuhelfen und um eine parteiübergreifende Initiative der damaligen SPD-Abgeordneten Frau Dr. Ernst schlicht abzuwürgen, hatte der Regierende, besser: regieführende Bürgermeister Diepgen den skandalösen Vorgang an sich gezogen und in höchster Impertinenz veranlaßt: Kein Thema für das Abgeordnetenhaus, die Angelegenheit ist entschieden – und basta!

Diesem noch immer heißen Thema widmete sich im vorigen Monat eine gut besuchte Veranstaltung der PDS-nahen Landesstiftung „Helle Panke“. Der eingetragene Verein, der im April auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken

konnte, hat eine gediegene Bilanz aufzuweisen. Ein Verdienst, das seinem ersten Vorsitzenden, dem Schriftsteller Jan Koplowitz, und seinem Nachfolger Jörn Schüttrumpf sowie vielen guten Geistern zu danken ist, die dem Verein Profil gegeben haben. Von Anfang an mit dabei – Birgit Pomorin als Geschäftsführerin.

Vorträge renommierter Wissenschaftler und Politiker zur Geschichte der DDR, zu philosophischen und ökonomischen Themen, zu ökologischen Belangen und aktuellen kommunalpolitischen Fragen bilden die Schwerpunkte. Konferenzen, Seminare, Exkursionen nach Eisenhüttenstadt und den Seelower Höhen erfüllen bildungspolitische Interessen. Geplant ist ein Jugendsommerlager (Vorgabe: „Was ist heute links?“). Der Verein finanziert diese Vorhaben aus Beiträgen und privaten Spenden, aus eigenen Publikationen, aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie und aus Erlösen des hauseigenen Antiquariats mit seinem hervorragenden Angebot. „Helle Panke“ – das ist eine Einrichtung, die den Anforderungen der Zeit zu entsprechen weiß.

Unsere Zeit ist kurzlebig. Vorgezogene Neuwahlen sind noch nicht



Gründungsbericht im „Pankower Spiegel“ 5/91

vom Tisch. Ein neugewähltes Abgeordnetenhaus mit anderen Mehrheitsverhältnissen wird sich wiederum mit dem „Problem“ Bersarin zu beschäftigen haben. Zum hundertsten Geburtstag des ersten Stadtkommandanten im Jahre 2004 oder zum 60. Jahrestag der Befreiung ein Jahr später könnte sich manches geändert haben – also, nicht basta!

Das wäre ein erneuter Anlaß für die „Helle Panke“, die Enkeltochter von Generaloberst Bersarin, Frau Dr. Alexandra Lasuk, nach Berlin einzuladen.

Horst Zakrzewski

Publikationen
der
„Hellen Panke“

Hefte zur DDR-Geschichte

Heft 13 Wolfgang Triebel: Otto Grotewohls Weg in die Einheitspartei. Hintergründe und Zusammenhänge. Eine Betrachtung seines politischen Denkens und Handelns zwischen Mai 1945 und April 1946.

Heft 19 Rolf Badstübner: DDR – gescheiterte Epochenalternative, Aufbruch in die Sackgasse oder was sonst?

Heft 27 Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946.

Heft 28 Heinz Niemann/Siegfried Prokop: Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR.

Heft 51 Herbert Mayer: Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948.

Heft 54 Stefan Doernberg: Machtpoker um die deutsche Einheit. Strategien und verpaßte Chancen im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende.

Heft 60 Günter Benser: Mit welchen Sozialismus-Vorstellungen war die DDR angetreten? Die Vision und das Hauptinstrument.

Reihe „Pankower Vorträge“

Heft 3 Peter von Oertzen: Die „wahre Geschichte“ der SPD. Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms.

Heft 18 Siegfried Wenzel: Marktwirtschaft und Eigentum. Überlegungen für diene Realistische Konzeption der heutigen Linken.

Helle Panke zur Förderung
von Politik, Bildung und
Kultur e.V.

Kontaktstelle Berlin der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e.V.

Kopenhagener Straße 76 in 10437
Berlin (Prenzlauer Berg)

Tel 47 53 87 24 / Fax 47 37 87 75
e-Mail info@helle-panke.de
web www.helle-panke.de

Kriegsdienste verweigern – Wehrpflicht abschaffen!

Über 60 Gruppen der Friedens- und Bürgerbewegung, aus Verbänden und Politik haben im Sommer 1990 die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär in Berlin gegründet. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, sich in Berlin als erste Adresse für Rat und Tat gegen das Militär zu etablieren. Seither bietet die Kampagne kontinuierliche Information zur Wehrpflichtvermeidung, für Kriegsdienstverweigerer, Soldaten, Reservisten und Totalverweigerer an, begleitet Prozesse gegen Militär- und Wehrpflichtgegner und informiert über alles, was mit der Wehrpflicht zusammenhängt.

Neben der Beratung ist antimilitaristische Öffentlichkeitsarbeit ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Die Kampagne wird in Berlin mit phantasievollen und gewaltfreien Aktionen assoziiert. Kampagneros und Kampagneras haben Rekrutenzüge blockiert, Demonstrationen organisiert, die Berliner Außenstelle des Verteidigungsministeriums besetzt, Gelöbnisse gestört, Zwerge

und Schafe vereidigt und auch sonst für manch graues Haar auf den Köpfen der Militärs und ihrer zivilen Helfershelfer gesorgt.

So würdigte auch die damalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Claire Marienfeld, in ihrem „Bericht zu Situation von Wehrpflichtigen in den neuen Bundesländern“ vom Sommer 1996 die Arbeit der Kampagne in Berlin: „Dort hat eine ‚Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär‘ durch Wehrpflicht und Wehrdienstverunglimpfende Schriften und Aktionen auf sich aufmerksam gemacht und initiiert maßgeblich die erschreckende Anti-Wehrpflicht-Haltung unter den Berliner Jugendlichen.“

Innerhalb der letzten Jahre hat sich die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsatzbereiten Interventionsarmee gewandelt. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde sie auch bereits in einem völkerrechtswidrigen Krieg eingesetzt. Die Wörter „friedenschaffend“, „friedens-



Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

erhaltend“ und „humanitär“ sollen bei solchen Einsätzen verschleiern, daß es sich um die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen handelt. Die antimilitaristische Arbeit muß deshalb verstärkt fortgesetzt werden.

Kampagne

Wer uns unterstützen will oder Rat sucht, findet die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär in der

Kopenhagener Straße 71 in 10437 Berlin
Bürozeiten sind Montag-Freitag von 10 bis 18 Uhr

Telefon: (030) 4 40 13 00 / Fax: (030) 44 01 30 29
e-mail: info@kampagne.de / Internet: www.kampagne.de

Jeden Dienstag ab 17.30 Uhr Informationsabend für Ungemusterte (Persönliche Informationsgespräche nach Terminabsprache)

Kriege verhindern!

Kriegsführung mit Einheiten von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz in aller Welt wird sowohl von der jetzigen Regierung, als auch von der CDU/CSU und FDP befürwortet.

In Zukunft soll die „Neue“ Bundeswehr gleichzeitig zwei Kriege außerhalb Deutschlands führen können.

Die Schaffung einer solchen Interventionsarmee ist der eigentliche Inhalt der sogenannten Bundeswehrreform. Gleichzeitig sollen die Länder des NATO Paktes und der EU gemeinsam solche weltweiten Angriffskriege führen.

Flüchtlinge sollen schon weit vor den Grenzen Zentraleuropas gestoppt werden, und nur noch die Menschen einwandern dürfen, de-

ren Qualifikation gerade akut benötigt wird.

Militär soll gesellschaftsfähig bleiben, weshalb im Rahmen von öffentlichen Gelöbnissen vorgegaukelt wird, daß Soldaten und Armee ein normaler Bestandteil der Gesellschaft und der Demokratie seien. Doch auch heute gilt: Die Demokratie stirbt Krieg für Krieg, Mord für Mord, Grundgesetzänderung für Grundgesetzänderung und Schweigen für Schweigen. In unserer Zeit hängt das Überleben der Menschheit letztlich davon ab, daß wir lernen, Konflikte ohne Waffengewalt zu lösen. Dafür brauchen wir einen langen Atem.

Auszug aus dem Aufruf der Kampagne „Kriege verhindern – Angriffskräfte auflösen“

Neue Herausforderung

Die Pankower Pfarrerin Ruth Misselwitz wurde zur Vorsitzenden der „Aktion Sühnezeichen“ gewählt. Die Begründerin des „Pankower Friedenskreises“ (1981) engagierte sich nach der Wende unter anderem im „Bürgerkomitee Pankow“ gegen Rechtsextremismus und Gewalt, so während der alljährlichen Antifa-Aktionswoche im Januar. Im vergangenen Jahr erhielt sie den „Gustav-Heinemann-Bürgerpreis“.

K.G.

Es reicht!

Internationale
Konferenz

„Für eine tole-
rante Gesellschaft
– Gegen Rechts-
extremismus und
Rassismus“

12. und 13. Mai
2001 in Berlin

Irgendwo war zu lesen, mit der internationalen Konferenz wird ein Parteitagsbeschuß von Cottbus umgesetzt. Diese Worte kann man positiv verstehen: ein Parteitagsbeschuß wurde umgesetzt. Oder man kann sie negativ lesen: der Beschuß wurde umgesetzt, aber eben nur umgesetzt, abgearbeitet eben. Letzteres traf meines Erachtens mehr zu. Es ist unstrittig, daß auf der Konferenz über das Thema „Für eine tolerante Gesellschaft – Gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gesprochen wurde, leider aber nur gesprochen, weniger diskutiert.

Mir als Betroffenen reicht es. Ich will nicht mehr nur darüber reden, was die Ursachen für das immer weitere Erstarken rechtsradikaler

Gedanken etc. In der Bevölkerung sind. Es gibt genügend kluge Aufsätze zu diesem Thema. Ich möchte, daß sich mein Sohn in Deutschland trotz seiner braunen Hautfarbe wie andere Altersgenossen zu jeder Tageszeit und an jedem Tag im Jahr frei bewegen kann. Ich will keine Interviews mehr mit Betroffenen führen müssen, die mir berichten, wie sie zusammengeschlagen worden sind und niemand der Umstehenden nich einmal den Notarzt verständigt hat, geschweige denn die Polizei.

Ich rufe Sie auf, Kommen Sie Ihrer Verpflichtung als Mensch nach und treten Sie dort, wo Sie leben oder arbeiten, menschenverachtendem Verhalten entgegen!

Die Zeit für reine Ursachenerörterungen ist vorbei. Es ist unser aller Handeln gefragt. Sonst gibt es unser Deutschland, egal wie wir es zur Zeit finden, irgendwann nicht mehr und auch Ihr Nachbar verschwindet wieder aus Nimmerwiedersehen. Und wieder wird sich keiner trauen, etwas dagegen zu unternehmen oder ihm zu helfen. Kommen wir alle unseren Verpflichtungen nach und schützen das Leben und die Würde aller Menschen in unserem Land!

Die Reden auf der Konferenz werden in einem Kongreßmaterial veröffentlicht. Lesen Sie es und bilden Sie sich Ihre eigene Meinung.

TZP

Einfache Antworten gibt es nicht

Wir sollten ... über gesellschaftliche Strategien und Handeln nachdenken, um einer weiteren Verbreitung völkischer, rassistischer,

chauvinistischer Demagogie den Boden zu entziehen... Trotz all ihrer Versuche sind die Rechtsextremen quantitativ eine Minderheit geblieben. Doch die Minderheit ist viel zu groß, und sie kann, wie wir aus der Geschichte wissen, wachsen...

Wir werden nicht hinnehmen, daß sich Männer und Frauen abends nicht mehr auf Straßen ihrer eigenen Nachbarschaft wagen, daß Dunkelhäutige die S-Bahn nicht nur in Nachtstunden meiden und Schülergruppen Polizeischutz benötigen, um ins Berliner Umland zu fahren. Es wird aber dafür keine Lösung von oben geben. Die Gesellschaft, also auch wir, muß sich für das Zusammenleben und gegen terroristische Angst entscheiden. Wir sind gefordert, dabei zu sein, zu handeln. Jede Pöbele und jedes Hakenkreuz an einer Häuserwand oder in einem Schülerklo irgendwo in Deutschland, jeder Neonazi-Aufmarsch, jede Verwüstung auf einem jüdischen Friedhof, jede Schmierei an einem sowjetischen Ehrenmal, jedes einzelne Propaganda-

delikt, jeder Schlag gegen einen Menschen ohne oder mit bundesdeutschem Paß muß zum Aufschrei, zum aktiven Protest zwingen. Das ist täglich und überall notwendig...

Gerade war der 8. Mai, der Tag der Befreiung... Die deutsche Gegenwart muß sich ihrer Geschichte erinnern. Dafür ist jede Familie zuständig, Generation um Generation... Ich kann und werde es nie begreifen, wieso der massenmörderische Schrecken der Vergangenheit, der deutsche Völkermord, der letzte Weltkrieg, dessen Spuren bis heute in manchen Städten zu sehen ist, wieso die noch immer präsenten Erinnerungen von Zeitzeugen, wieso Filme, Bücher und Schulunterricht, wieso jahrzehntelanges öffentliches Nachdenken nicht ausreichen, um eine solche politische Alltagskultur zu schaffen, in der deutscher Nationalismus, Völkerverachtung und Rassismus keine Chance mehr für niemanden haben.

Auszüge aus der Rede von Gabi Zimmer zur Eröffnung des Internationalen Kongresses

Nazis raus



aus den Köpfen

Alltag im Bezirk

■ Rückwärtsgang

Die Berliner Bäderbetriebe bauen die Öffnungszeiten zurück. Für Schwimmhallen sind im Sommer mehrmonatige Schließzeiten verordnet: die Hallen Buch und Wolfshagener Straße zum Beispiel vom 2.7. bis 9.9. Freibäder werden auch im Sommer geschlossen bleiben. Ursprünglich waren dafür acht Sommerbäder vorgesehen, jetzt wurde dies auf drei reduziert.

■ Arbeit statt Stütze

Damit war in Weißensee ein Projekt befaßt. Von Juli 1999 bis Dezember 2000 wurden für 729 Hilfeempfänger Arbeitsplätze vermittelt. 76% davon kamen in den ersten Arbeitsmarkt (ohne Lohn- bzw. Festkostenzuschüsse). Nur in 27 Fällen waren die Vermittlungen abgebrochen worden. Das antwortete der Stadtrat für Stadtentwicklung und Soziales, Dr. Andreas Bossmann (PDS), auf eine Kleine Anfrage von Frau Kottlowski (SPD). Und das brachte – nach Abzug der projektbezogenen Mehrkosten – Ergebnisverbesserungen von 3,5 Mio. DM. Dieses als „Kölner Modell“ oder „modernes Sozialamt“ bezeichnete Verfahren soll zukünftig auch in Prenzlauer Berg und Pankow angewendet werden.

■ Schlechte Karten

haben die Radfahrer im Großbezirk des Nordens. „Im Bezirk Pankow von Berlin sind keine Fahrradstraßen geplant“, lautete die schlichte Antwort des Stadtrates Hartramph (CDU) auf eine Kleine Anfrage des bündnisgrünen Fraktionschefs Otto. Das darf das letzte Wort nicht gewesen sein.

■ Teure Vernunft

Die Schulen im Bezirk haben zusammengenommen 321.460 qm Flächen für Dächer und für versiegelte Schulhöfe. Die darauf fallenden Niederschläge werden in die Kanalisation eingeleitet. Früher floß das Regenwasser in die Ab-

wasserkanäle. Heute wird getrennt, weil das gute Regenwasser nicht durch die teuren Abwasseranlagen fließen soll. Das ist vernünftig. Jetzt werden auch die Entgelte für Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung getrennt berechnet. Damit aber steigen diese Kosten für die Schulen von 1,2 Mio. DM im Jahre 1999 auf voraussichtlich 1,9 Mio. DM 2001. Das ist nicht verständlich und nicht vernünftig

■ Philosophie und Praxis

Nach der Senatsphilosophie soll das engmaschige Schienennetz im Stadtgebiet für die künftige stärkere Integration des Eisenbahngüterverkehrs in den Wirtschaftsverkehr stärker genutzt werden. In diesem Sinne hatten sich die Prenzlberger dafür eingesetzt, daß der Güterbahnhof Greifswalder Straße zu einem Güterverteilzentrum ausgestaltet wird. Daraus ist nichts geworden, antwortete der PDS-Stadtrat Dr. Andreas Bossmann auf eine Kleine Anfrage. Der Senat hat geprüft und verworfen. Er, Dr. Bossmann, wird jedoch bei der gegenwärtigen Bearbeitung des Stadtentwicklungsplanes Verkehr die Ansiedlung eines solchen Güterverteilzentrums an diesem Ort erneut anregen.

■ Bedauerliche Zeitverzögerungen

An den überfälligen Maßnahmen auf S-Bahnhöfen treten zunehmend Schwierigkeiten auf, so daß Aussagen zu Fertigstellungsterminen von Stadtrat Hartramph (CDU) nicht getroffen werden können. Das betrifft den Einbau von behindertengerechten Aufzügen auf den Bahnhöfen Blankenburg und Pankow-Heinersdorf, den Nordzugang am Bahnhof Karow und den Neubau des S-Bahnhofs Buch Süd. Letzterer ist in der derzeitigen Planung ohnehin nur mit dem Zugang von Karow vorgesehen, da die Bebauung auf der Bucher Seite unbefristet verschoben ist. Die Ursachen für diese „bedauerlichen Zeitver-

züge“ (wie Hartramph sie nennt) liegen im Mißmanagement. Denn Geld für die genannten Maßnahmen ist da.

■ Änderungen ohne Sinn?

Im November vorigen Jahres wurde die „Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co KG“ gegründet. Dieser wurden bzw. werden Grünanlagen, Kleingartenanlagen, ein Kinderspielplatz und ein Parkplatz mit einer Gesamtfläche von 35.365 qm übertragen. Die gesetzlich gewidmeten Grünanlagen sind – wie bisher – in ihrem Bestand gesichert. Sie werden – wie bisher – vom Amt für Umwelt und Natur bewirtschaftet.

■ TBC im Großbezirk

Wie es denn mit der TBC im dritten Bezirk stehen würde, wollte Dr. Tamara Post (PDS) vom Bezirksamt in einer Kleinen Anfrage erfahren. Im Jahr 2000 gab es 49 neue Erkrankungsfälle, antwortete die zuständige Stadträtin, Frau Saager (CDU). 17 Neuerkrankte waren über 65 Jahre alt und vier unter 20. Ihre stationäre Versorgung in Buch, eine ambulante Betreuung sowie die gesetzlichen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten seien gesichert.

■ Böse Buben

Am S-Bahnhof Karow gibt es den Jugendklub „K14“ (Achillesstraße 14). Der ist beliebt und wird besucht, von gewalttätigen und drogensüchtigen Vandalen, wie die Kleine Anfrage des Herrn Gittis von der CDU suggerieren will. „Im Zusammenhang mit Sachbeschädigungen“ fragt er messerscharf nach „Zustandsanalysen... z.B. Alkohol, Drogen o.ä.“. Nichts dergleichen ist bekannt geworden, antwortete Christine Keil (PDS), Stadträtin für Jugend, Schule und Sport. Gewiß, im Juli vergangenen Jahres gab es zwei Anzeigen wegen Lärm. Aber, darüber wurde damals in der BVV Weißensee ausführlich berichtet.

„Kölner Modell“
in Weißensee

Kein
Güterverteilzentrum
im Prenzlauer
Berg?

Mißmanagement
bei Baumaßnahmen
auf Bahnhöfen
in Pankow

Wenn sich SeniorInnen erinnern:

Ein Buch voller Kiezesgeschichten

Einige der Autoren wie Emmy Härtel aus Weißensee lasen ihre Beiträge selbst bei der Vorstellung der neuen „Kiezesgeschichten“ der „Kunstfabrik Köpenick GmbH, Werkstatt für Künstler und Kommunikation“ im Pankower „Ballhaus“ Dietzgenstraße. Die Erlebnisse, Erinnerungen und Beobachtungen älterer Leute von der Pferdebahn bis zur Gegenwart kamen diesmal aus unserem Terrain, aus den Kiezesen von Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg.

Auf ihrer Spurensuche knüpften die

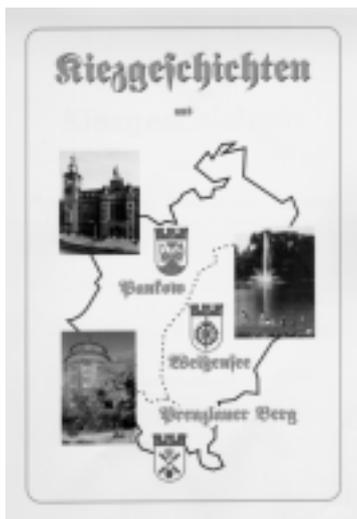
ABM-Mitarbeiter der „Kunstfabrik“ über 400 Kontakte. Es entstanden mehr als hundert Geschichten, von denen 84 in das vorliegende 112 Seiten umfassende Buch aufgenommen wurden. Die Sammlung ist reich bestückt mit zumeist historischen Photos, Familienbildern und Ereignisdokumenten. Zusätzliche Leckerbissen sind einige der freundlich karikierenden Zeichnungen des Berlin-Porträtisten Vontra. „Bei der Themenauswahl waren wir um ein breites Spektrum bemüht, um den vielfältigen Facetten des Lebens eine Bühne zu bereiten“, so der Leiter des Projektes, Jürgen Mudra. Viele der Geschichten wurden als Interview erarbeitet, andere von den Autoren aus ihren Archiven zur Verfügung gestellt. Nur gelegentlich ging die Redaktion „mit

dem stilistischen Bügeleisen ein wenig über die Texte“.

Spürbar wird in den jeweiligen Beiträgen – ob nachdenklich oder lustig – das Bemühen der Spurensucher, die historischen Bezüge zum jeweiligen Kiez deutlich werden zu lassen.

„Es würde uns freuen, wenn unsere Kiezesgeschichten einige Mosaiksteinchen beinhalten, die bei der geschichtlichen Aufarbeitung der drei ehemaligen Stadtbezirke von Bedeutung sein können“, so Mudra.

M.W.



„Kiezesgeschichten“ sind zu beziehen über:
Kunstfabrik Köpenick GmbH,
Friedrichshagener Straße 9,
12555 Berlin,
Tel 65 01 62 30 / Fax 65 01 62 36

WANNWOWASWANNWOWASWANN

11. Juni

17 Uhr „Die PDS und der Vereinigungsprozeß von SPD und KPD“ – Bürgerforum mit Petra Pau und Prof. Dr. Günter Benser im Quartierspavillon, Thomas-Mann-Straße 37

19 Uhr „Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigranten als Historiker in der frühen DDR“, Podium der „Hellen Panke“ mit Dr. Mario Keßler, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

13. Juni

19 Uhr AG Politische Bildung, im Laden im Dritten

14. Juni

16 Uhr Günter Görlich liest aus seinem Buch „Keine Anzeige in der Zeitung“, Treffpunkt Links, Pistoriusstraße 24

16. Juni

10 Uhr „30 Jahre Viermächteabkommen über Berlin. Zur Rolle Berlins im deutsch-deutschen Konflikt“ – Wissenschaftliche Konferenz der „Hellen Panke“ mit Prof. Herbert Häber, Dr. Joachim Mitdank u.a., im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

19. Juni

10 Uhr „Sechs Jahrzehnte danach – zum 60. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion“ – Veranstaltung der GBM, Ortsverband Pankow mit Heinz Keßler, im Kino „Blauer Stern“

20. Juni

17.30 Uhr 8. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

21. Juni

19 Uhr Tagung des Bezirksvorstandes der PDS, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

23. und 24. Juni

10 Uhr „Kubanisch-europäische Perspektiven“ – Internationaler Kubasolidaritätskongreß, Kongreßhalle am Alexanderplatz

25. Juni

17 Uhr Basiskonferenz der PDS Berlin Drei, Bezirksamt Fröbelstraße 17

26. Juni

18 Uhr „Was heißt Aufarbeitung der Geschichte für uns heute?“ – Diskussion mit Prof. Heinrich Fink (MdB), Treffpunkt Links, Pistoriusstraße 24

27. Juni

19 Uhr AG Politische Bildung, im Laden im Dritten

29. Juni

17 Uhr Werner Eberlein liest aus seinem Buch „Geboren am 9. November“ – Veranstaltung der PDS Buch zum 60. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, Gläsernes Labor des Campus Buch, Robert-Rössle-Str. 10

Politischer Frühschoppen:

Berlin – Hauptstadt von Filz und Korruption

Dr. Michail Nelken (Mda / PDS) im Gespräch mit:
Harald Wolf (Mda, PDS-Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Untersuchungsausschuß Bankgesellschaft), **Mathew D. Rose** (Publizist) und **Prof. Dr. Jürgen Marten** (Jurist, Transparency International)
am 17. Juni um 11 Uhr im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper,
Klaus Gloede
und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß: 31. Mai 2001
Druck: double express Auflage: 17.500

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Die nächste Redaktionsitzung ist am 12. Juni 2001 (Mitarbeit ist willkommen). Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt. Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe wird voraussichtlich am 22. Juni 2001 sein.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezesbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.